



Stellungnahme der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen TOP Ö3 der Gemeinderatssitzung vom 17.12.2025: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2026

Um den Haushalt 2026 haben Gemeinderat und Verwaltung monatelang gerungen. Denn früh zeichnete sich ein Defizit ab.

Schnell wurde klar: das Geld reicht nicht für alle geplanten Investitionen. Es mussten Prioritäten gesetzt werden. Der Rat war sich einig: Der Ausbau des Rothacker'schen Hauses zum städtischen Museum und die Bahnbrücke bei den Schwetzingen Höfen können nicht finanziert werden. Das ist zu bedauern, aber die Zeit für repräsentative Bauten ist vorbei.

Und trotz aller mühsam zusammengetragener Einsparungen drohten im ersten Haushaltsentwurf ein hohes Defizit von 6.2 Mio. € und eine hohe Neuverschuldung in den nächsten Jahren.

So schlimm kommt es zum Glück nicht. Das liegt vor allem daran, dass die grün geführte Landesregierung unbürokratisch 2/3 der Zuschüsse aus dem Sondervermögen des Bundes an die Kommunen verteilt. Schwetzingen erhält davon in den Jahren 2026 bis 2029 insgesamt 12,9 Mio. €. Und Finanzminister Danyal Bayaz legt für dieses und nächstes Jahr aus Landesmitteln noch jeweils 550.000 € dazu. In der vorliegenden Satzung reduziert sich das Defizit im Ergebnishaushalt auf 2,3 Mio. €; Kreditaufnahmen sind bis einschließlich 2029 nicht mehr vorgesehen. Damit ist der Gesamthaushalt vermutlich genehmigungsfähig.

Das ist erfreulich.

Dennoch schrumpfen die Rücklagen von aktuell 19 Mio. € auf lediglich noch 3,5 Mio. € Ende 2029 – einen Betrag, der nur knapp über der Mindestreserve liegt. Und die roten Zahlen im Ergebnishaushalt 2026 erhöhen sich 2027 voraussichtlich auf ein Defizit von 3,5 Mio. €. Damit können die Abschreibungen nicht mehr vollständig finanziert werden. Das führt zu einem Ressourcenverbrauch, also einem Wertverlust von Vermögen wie bspw. Schulgebäuden und Straßen und geht zu Lasten der Generationengerechtigkeit. Die Kosten für Instandhaltung und Neuinvestitionen werden nicht mehr erwirtschaftet und künftigen Generationen aufgebürdet.

Die kritische finanzielle Situation bekommen die Bürgerinnen und Bürger jedoch leider auch heute schon zu spüren. So werden u. a. die Gebühren für Kindergärten und Stadtbücherei erhöht, und der defizitäre Mensa-Betrieb am Hebel-Gymnasium soll geschlossen werden.

Die außerplanmäßigen Bundes- und Landeszuschüsse haben zwar die aktuelle Finanznot abgeschwächt. Machen wir uns aber nichts vor: Dieser Geldregen hilft nur für einen kurzen Zeitraum aus der monetären Dürre. Er übertüncht das generelle Problem, das mit dem schönen Begriff „mangelnde Veranlassungskonnexität“ zu bezeichnen ist. Auf Deutsch: „Wer bestellt, sollte auch bezahlen, tut dies aber nicht“. Für die durchaus sinnvollen Leistungen, die den Kommunen von Bund und Land auferlegt werden (Beispiel Ganztagsbetreuung), müssen zur Erfüllung ausreichend Geldmittel und eine adäquat finanzierte Personalausstattung garantiert werden. Dazu sind aber strukturelle Veränderungen nötig, bei denen z. B. die Gemeinden einen deutlich höheren Anteil an den Gemeinschaftssteuern erhalten. Das Land hat jetzt zugesagt, künftig 68 Prozent der kalkulierten Betriebskosten für die Ganztagsbetreuung zu übernehmen. Der Bund hat diesen Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung an Grundschulen vorgegeben. Und solange der Rechtsanspruch klassenweise bis 2030 anwächst, wird das Land den Kommunen pauschale Erstattungsbeträge anhand der kalkulierten Kosten gewähren. Insgesamt unterstützt das Land die Kommunen bei der Ganztagsbetreuung damit bis 2030 mit über 600 Millionen Euro. Ab 2030 erfolgt dann eine an den Realkosten orientierte Erstattung in Höhe von 68 Prozent. Das ist ein wichtiger Schritt, und an dieser Zusage wird sich eine neue Landesregierung messen lassen müssen.

Blicken wir auf einige Punkte im Haushalt: Mit dem Ausbau der Zeyher-Schule zur Ganztagschule soll begonnen werden. Dafür sind 3 Mio. € eingestellt. Immerhin 2/3 davon fördert das Land. Für Investitionen ins Stadion stehen 1,8 Mio. € bereit, 189.000 werden vom Land übernommen. Beide Maßnahmen haben unsere volle Unterstützung. Für die Feuerwehr sind investiv einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen ebenfalls erhebliche Summen vorgesehen. Wir begrüßen, dass hier der Investitionsstau der letzten Jahre aufgelöst wird. Die Maßnahmen sind nötig, um die Feuerwehr auf den erforderlichen technischen Stand zu bringen. Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED wird fortgesetzt. Das spart künftig Strom und reduziert CO₂-Emissionen – eines von vielen Beispielen dafür, dass sich Klimaschutz finanziell lohnt.

Leider spiegeln sich im Haushalt darüber hinaus kaum Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Das Klimapuls-Programm wird abgeschmolzen. Und zur Klimaresilienz findet sich eigentlich nichts. Das halten wir für kurzsichtig. Denn Investitionen in diesem Bereich werden sich auszahlen, wenn es um die zukünftigen Kosten der Folgen des Klimawandels und die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt geht. Dabei wären die Kosten für mehr Begrünung gering. Wenn im nächsten Jahr die Umgestaltung des Rondells geplant wird, fordern wir qualitativ hochwertige Begrünungsmaßnahmen ein. Und leider ist kein Geld eingestellt, um ein schlüssiges Verkehrskonzept für die Innenstadt zu erarbeiten; wieder wird es wohl nur Stückwerk geben. Sorge bereitet uns auch, dass bei den Haushaltsklausuren kein eindeutiges Bekenntnis zur langfristigen Erhaltung des Lehrschwimmbeckens abgegeben wurde.

Trotz dieser Kritikpunkte stimmen wir der Haushaltssatzung zu.

Schon jetzt ist abzusehen: Die Herausforderungen und der Spardruck bei den Haushalten kommender Jahre werden nicht geringer. Dazu tragen auch die unsichere gesamtwirtschaftliche Lage und hohe Gehaltsforderungen bei den Tarifverhandlungen bei.

Dennoch müssen wir schauen, was wichtig ist für die Stadtgesellschaft, was wichtig ist, um Schwetzungen für die Zukunft aufzustellen, und was sich langfristig rentieren wird. Dazu gehören auf jeden Fall Maßnahmen zur Klimaanpassung. Dazu gehört auch, dass wir den sozialen Ausgleich im Blick haben und bei Kindern und Jugendlichen nicht sparen. Wenn die kommunale

Handlungsfähigkeit, wenn Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt erhalten bleiben, stärken wir das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und damit auch in die Demokratie.

Zum Schluss möchte ich Frau Nagel ansprechen. Sie haben mit Ihrem Team die Haushaltsklausuren bestens vorbereitet und moderiert. Bei Einbringung und Beratung der Haushaltssatzung haben Sie Schwerstarbeit geleistet und unsere über 100 Fragen geduldig, ausführlich und mit der gewohnten Kompetenz beantwortet. Dafür gebührt Ihnen unser großer Respekt und herzlicher Dank.

Für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Michael Rittmann